

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementspreis für einen Monat einschließlich Bringerlohn 8.— M., bei Selbstabholung 7.50 M. Durch die Post bezogen vierteljährlich 18.— M., für einen Monat 6.— M. — Preis der Einzelnummer 40 Pfg. — Telefon für Kontor und Expedition: 2721 und 4596. — **Postcheckkonto Nr. 53477**

Redaktion: Leipzig, Tauchaer Str. 10/21
Telegraphen-Adresse: Volkszeitung Leipzig
Telephon 13693. — Verlag in Leipzig,
Tauchaer Straße 10/21 — **Telephon 4596**

Inseratenpreise: Die 7 gespaltene Kolonelle oder deren Raum 2.50 M., bei Platzvorschrift 3.— M., Familienanzeigen, die 7 gespaltene Zeile 2.— M., Reklame-Kolonelle 10.— M. — **Telephon** für die Inseraten-Abteilung 2721
Schluß der Inseraten-Aufnahme für die tägliche Nummer vormittags 9 Uhr

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bestellungen nehmen die Austräger, Zweiggeschäfte und alle Postanstalten entgegen.

General Maerker am Zeugentisch.

Offizierseid und Unteroffizierseid.

Leipzig, 12. Dezember.

Drei Maats der Reichsmarine machten den Beschluß des heutigen Zeugenreigen im Reichsgerichtsprozeß gegen Jagow und Konforten. Drei Unteroffiziere, die sich am 13. März 1921 als einzige Mitglieder der Ehrhardtbrigade geweigert haben, den Rapp-Putsch mitzumachen. Sie stehen an ihrem Soldatenwort und Verfassungseid nicht drehen und deuteln, so sehr sich auch ein Teil der Sophisten in die Schule gegangener Kapitänleutnant v. Köhler bemüht hat, ihren einfachen Rechts- und Ehrbegriff zu verzerrern, ihnen den Eid, weil er nicht unter Anrufung Gottes und Zweifingerhochhebung geleistet sei, als unverbindlich hinzustellen und sie bei ihrem Kameradschaftsgefühl zu paden. Dieser Herr hatte den beneidenswerten Mut, als Zeuge dem Gericht zu sagen, daß er die Gründe der drei Aufrechten nicht verstanden habe. Der famose Kapitänleutnant v. Trotha, der es nie für nötig fand, die Vereinbarkeit der Befehle seines Kommandeurs mit seinem Verfassungseid zu prüfen, hatte bekanntlich auch kein Verständnis für die Handlung der drei und stellte sie gewissermaßen als Dummköpfe hin. Offiziersgeist! Gewisse Reaktionen der Vergangenheit könnten Freude an diesen Jüngern haben.

Die Herren Generale v. Hülsen und v. Oden waren nicht so heikel und dem Deuteln und Drehen nicht so abgeneigt, wie die drei tief unter ihnen stehenden Unteroffiziere. Sie fanden es mit ihrem Verfassungseid anscheinend ganz verträglich, sich den neuen Machthabern zu unterstellen. Der „Streit zwischen der alten und der neuen Regierung“, dieser „häusliche“ Streit, wie sich Herr v. Hülsen neckisch ausdrücken ließe, diese garstigen, politischen Dinge, was gingen die die Herren Generale, was gingen die die Armee überhaupt an? Das mochten die Politiker untereinander ausmachen. Daß dies Beiseitegehen eine direkte Unterthung der Meuterer, ein Bruch des Eides war, der sie zum Schutz der Verfassung verpflichtete, das kam den hohen Herren wohl nicht zum Bewußtsein! Die Herren Generale hatten ganz andere Aufgaben, mußten verhüten, daß Soldaten auf meuternde Truppen schossen, alldieweil diese Meuterer doch gegen den bräunlichen Spartakismus gebraucht werden mußten. Auf Spartakisten, ja, da hätte Herr v. Hülsen bereitwillig schießen lassen, wie er im Reichstag den Parteiführern ausdrücklich erklärt hat, und die Feststellung, wer Spartakist sei, hätte ihm wohl wenig Kopfschmerzen bereitet. Alle Arbeiter, die sich erlauben hätten, gegen die kappistischen Hochverräter Gewalt anzuwenden, hätte er eben in den Spartakistentopf geworfen. Ganz unbesorgt darum, ob diese Arbeiter des Willens waren, die Reichsverfassung als eine gegebene Tatsache anzuerkennen und sich lediglich mit der Verjagung der Kappbande zu begnügen. Das ist so die Generalsauffassung in der deutschen Republik, und wir sehen wohl nicht zu schwarz, wenn wir annehmen, daß auch jetzt noch nach den wenigen Beratschlagungen, die dem Rapp-Putsch gefolgt sind, diese Auffassung von Eidespflicht, von Spartakismus usw. noch in Reichswehr-offizierskreisen nicht gerade schwach vertreten ist.

Der „starke Zustand“ hat durch die Aussage des Majors Bod eine kleine Lektion über die Möglichkeiten in seinem ehemaligen Machtbereich bekommen. Was Noske bei seiner Vernehmung als unmöglich und unglaublich bezeichnete, daß nämlich sein Alarmbefehl an die ausländischen Döberitzer weitergegeben worden sei, ist Tatsache, und er hat nun die Wahl zwischen den beiden verschiedenen Annahmen, daß Dummheit bzw. grobe Fahrlässigkeit oder Berechnung die Weiterleitung nach Döberitz bestimmt hat. Das letztere ist wahrscheinlicher; „verfassungstreue“ Offiziere des Gruppenkommandos A I werden wohl Wert darauf gelegt haben, die Kameraden in Döberitz zu informieren. Sie wagten, dem „starken Zustand“ ein wenig auf der Nase herumzutanzten, weil sie sich im Notfall ja auf das Schema F hätten hinausreden können, wonach Döberitz zu den in der Umgebung Berlins gelegenen Garnisonen gehört, an die der Alarmbefehl ergehen sollte. Zum Nachdenken waren sie ja wohl nicht verpflichtet.

Der Chef der Kappischen Reichskanzlei, der Unterstaatssekretär von Falkenhäuser, hat sich gleich dem Dr. Bang lebhaft bemüht, die Angeklagten herauszureißen durch die Behauptung, daß ein wahlvorbereiteter Plan für den Putsch nicht bestanden habe, oder daß mindestens Rapp selbst seine engeren Freunde, wozu er auch die drei Angeklagten rechnet, nicht darin eingeweiht habe. Er verwickelte sich jedoch in arge Widersprüche, die seinen Schülern und der Verteidigung gewiß keine Freude, dafür aber dem übrigen Auditorium um so mehr Amüsement bereitet haben.

Herr Reichsjustizminister a. D. Schiffer wußte einige interessante Mitteilungen über die Umgangsformen der Kappisten zu machen. Herr v. Jagow würde jetzt sicherlich etwas dazu geben, wenn er am 13. März 1920 den verächtlichen Zwischenruf und die

wegwerfende Handbewegung wider das Recht des 8. November nicht gemacht hätte. Ob Herr Schiffer mit den Kappisten verhandelt oder ob er sich bloß mit ihnen ausgesprochen hat und ob er ihnen eine Amnestie versprochen hat, das mag dahingestellt bleiben. Immerhin ist anzuerkennen, daß Schiffer die Darstellung Herzts nicht übel pariert hat. Pikant ist seine Mitteilung, daß Ehrhardt sich für seine Person eine Amnestie entschieden verbeten hat. Der Tapfere hat vor einiger Zeit bittere Klage über die wortbrüchige Regierung erhoben, weil die Amnestie für alle Kappisten nicht gekommen sei.

Weshalb übrigens der General v. Oden nicht in Untersuchung gezogen wurde wie sein Kamerad Hülsen, obgleich er doch genau daselbe wie dieser getan hat, das mögen die Götter wissen. Hülsen ist durch die Amnestie als angeblicher Nichtführer schließlich losgekommen. Aber er durfte jetzt nicht verurteilt werden, während v. Oden schwören durfte. Gewöhnlichen Sterblichen ist es wohl nicht gegeben, die dunklen unerforschlichen Wege der deutschen Justiz zu enträtseln.

Der „verfassungstreue“ Maerker.

Die Reihe der „verfassungstreuen Offiziere“, der sonderbaren Schlichter der Republik, wurde heute von dem General Maerker, dem bekannten Sieger von Leipzig, würdig ergänzt. Herr Maerker ist auch einer von denen, die damals „abwarteten“ und „vermittelten“ — die die Eidespflicht zur Verteidigung der Verfassung als eine Nebenläufigkeit betrachteten; die hinter der Rückficht auf den angeblich bevorstehenden Kampf gegen die „vereinigten Unabhängigen und Kommunisten“ zurückstehen mußte. Herrn Maerker waren Pläne auf Umsturz der Regierung sehr langem nicht fremd und er hat sie sehr ruhig erörtert. Eine Aufforderung des Obersten Bauer im Juni 1919, die Nationalversammlung zu sprengen, hat er abgelehnt, weil ihm „die Sache aussichtslos“ erschien, also nicht etwa aus moralischen Bedenken. Er hat den Mann, der ihn zum Treubruch verleiten wollte, nicht etwa der Regierung zur Anschuldigung überliefert, sondern ihn ruhig weiter wirken lassen. Er hat auch mit Lüttich damals sehr gleichmütig die Frage erörtert, was man tun müsse, wenn mal eine „Regierungsänderung“ von rechts käme, und hat empfohlen, für solchen Fall Herrn Rapp, der schon als Reichskanzler für solchen Fall benannt war und den er für unfähig hielt, aus dem Spiele zu lassen.

Am 13. März, der ihn trotz dieser Erfahrungen überraschte hat er sich in vorsichtiger beschränkter Weise Lüttich unterstellt. Er wollte alle Befehle des Herrn ausführen, soweit sie die Wahrung von Ruhe und Ordnung bezweckten. Er rechtfertigte das damit, daß zur Verhütung des Kampfes zwischen den Truppen die ja für den Kampf gegen die rabidale Arbeiterschaft intact bleiben mußten, einer kommandieren mußte. Und das konnte eben nur Lüttich sein, denn Noske hatte ja nicht einmal ein Bureau. (1) Der Zeuge schildert dann seine berühmte Vermittlungssaktion.

Das Eisenbahnfinanzgesetz.

Berlin, 12. Dezember. Wie die U. erfährt, unterliegt das Eisenbahnfinanzgesetz, das bereits fertiggestellt ist, augenblicklich der Beratung innerhalb des Kabinetts. In Einzelstrichen bestehen noch Unstimmigkeiten zwischen dem Reichsverkehrsminister und dem Reichsfinanzminister. Das Gesetz sieht einen Ausgleichsfonds der Reichseisenbahnen vor, der vor allem dazu dienen soll, den Schwankungen der Konjunktur zu begegnen. Der Reichsverkehrsminister hofft, nach einem Zeitraum von etwa drei Jahren in der Lage zu sein, mit Hilfe dieses Fonds eventuell eine Herabsetzung der Tarife vorzunehmen. Der Finanzminister dagegen ist der Ansicht, daß nach diesem Zeitraum die Überschüsse des Ausgleichsfonds zur Deckung der Reichslasten mit herangezogen werden müssen.

Voucheur über die Aussichten eines Moratoriums.

Haag, 13. Dezember. (U.) Voucheur hat einem Vertreter des Nieuwen Rotterdamischen Courant seine Zufriedenheit über seine Londoner Bepflegungen ausgedrückt. Die Engländer sollen jeden Gedanken an ein Moratorium ausgegeben und eine große Kombination vorgezogen haben mit dem Ziel, ihre 22 Prozent zu opfern. Wenn die Kombination ihr Ziel erreicht, so würde Deutschland nur mit Frankreich und Belgien zu schaffen haben.

Der Nachfolger v. Neuraths.

Berlin, 13. Dezember. (Eigene Drahtmeldung.) An Stelle des Freiherrn v. Neurath, der nach Rom geht, wird der deutsche Gesandte in Wien, v. Rosenberger, für den Gesandtenposten in Kopenhagen ausersehen werden.

Geschichtsperspektiven.

Die Sozialdemokratische Partei Österreichs hat vor wenigen Tagen in Wien ihren diesjährigen Parteitag abgehalten, der mit Recht als ein Parteitag der Klärung bezeichnet wurde. Unter anderem hat man sich eingehend mit dem Problem der internationalen Zusammenfassung des Proletariats beschäftigt, zu dem der Sekretär der Internationalen Arbeitsgemeinschaft sozialistischer Parteien referierte. Genosse Adler war bemüht, das Problem ebenso umfassend wie tiefgehend zur Darstellung zu bringen. Er sagt zu der Problemstellung selbst:

„Den Gegensatz, um den es sich da handelt, könnte man wohl dahin formulieren, daß sich die zweite Internationale immer mehr und mehr zu einer Internationale der sozialen Reform herausgebildet hat, während sich die Dritte klar und deutlich, wie es in allen ihren Resolutionen und Thesen ausgedrückt ist, bewußt auf eine Internationale der sozialen Revolution beschränken will. Dadurch tritt nun die Funktion unserer Arbeitsgemeinschaft sozialistischer Parteien deutlich hervor. In dem historischen Moment, in dem wir uns befinden, in dem wir einerseits nicht wissen können, wie lange sich der Kapitalismus noch erhält, andererseits aber mit den Möglichkeiten auch eines Zusammenbruchs in sehr absehbarer Zeit rechnen müssen, in einer solchen Epoche sollen wir uns in unsern organisatorischen Vorbereitungen weber auf die soziale Reform noch auf die soziale Revolution beschränken, wir müssen uns eine internationale Organisation schaffen, die beiden Centralitäten gewachsen ist, die das Proletariat zu den letzten großen Kämpfen mit dem kapitalistischen System organisiert, die andererseits aber auch das Proletariat bereithält, wenn der Kapitalismus seine Herrschaft noch Jahre und Jahre behauptet, um in diesen Jahren den täglichen Kampf des Proletariats zu führen. Und das ist der Grundgedanke, der unserer Arbeitsgemeinschaft zugrunde liegt, daß wir uns nicht auf das eine oder das andere beschränken, sondern daß wir nach organisatorischen Formen suchen, die allen Aufgaben des Proletariats gerecht zu werden geeignet sind.“

Friedrich Adler sagt mit dieser Problemstellung nichts neues, sondern bekundet damit nur die rein marxistische Auffassung von dem Wesen des proletarischen Befreiungskampfes, der nicht nur rein reformistischer, aber ebensowenig rein revolutionärer Natur sein kann, sondern der naturnotwendig eine Synthese dieser beiden Kampfesnotwendigkeiten umfassen muß. Genosse Adler betont weiterhin, daß das, was uns von Moskau trenne, keineswegs die Prinzipien“ seien, denn das große Endziel der sozialen Revolution wünschten wir ebenso wie die Mitglieder der Dritten Internationale. Das Trennende sei vielmehr jene „spezifische Geschichtsperspektive“, woraus der Glaube entstand, daß jetzt unmittelbar die soziale Revolution kommen müsse. Wenn man den Kampf der deutschen Leninisten gegen die Diktatur der Dritten Internationale über die Parteien der Dritten Internationale verfolgt, so ist festzustellen, daß die Levi, Geyer usw. dieselbe Argumentation gegen die politische und wirtschaftliche Einstellung der Internationale von Moskau fanden. Es ist gewiß zu weit gegangen, behaupten zu wollen, daß uns keineswegs Prinzipien“ von der Gedankenwelt der Dritten Internationale trennten, denn die Kampfmethoden und die Taktik, die durch die 21 Bedingungen hergestellt wurden, stehen mit den bisherigen Auffassungen über die grundsätzliche Einstellung der marxistischen Arbeiterparteien in entschiedenem Gegensatz. Sie sind freilich bestimmt durch die besondere Geschichtsperspektive die sich in Moskau entwickelt hatte und auf Grund der man glaubte imstande sein zu können, die Revolution weiterzutreiben. Darin unterscheidet sich eben die gesamte prinzipielle Auffassung über den Befreiungskampf des Proletariats, daß die Moskauer Taktik ganz die ökonomischen Voraussetzungen des Kampfes ignorierte und mehr der Gedankenwelt Vatunins Konzessionen machte. Heute freilich ist zu konstatieren, daß sich die Geschichtsperspektive der Radek und Lenin stark verengert hat. Nur noch die unentwegtesten Moskauer glauben, die Revolution unmittelbar weitertreiben zu können. Die Einstellung auf diese verkehrte Geschichtsperspektive hat die deutsche kommunistische Partei bereits auseinandergetrieben, die Führer von einiger geistiger Qualität haben sich von dem Revolutionarismus der Moskauer abgewandt. Dieselben Leute, die erst unentwegt für die 21 Bedingungen eintraten und damit die Moskauer Geschichtsperspektive von ehedem akzeptierten, haben unter dem Druck der Verhältnisse ihre eigene Geschichtsperspektive umstellen müssen, was nicht gerade für eine tiefe Kenntnis der ökonomischen Voraussetzungen revolutionärer Umwälzungen zeugt. Die Levi und Geyer sind noch in Halle die unentwegtesten Trabanten Sinowjews gewesen. Es zeugt freilich für ihre bessere Einsicht, daß sie den Mut fanden, rechtzeitig umzulerren, um so mehr, da sie in Halle bedingungslos die 21 Punkte der Moskauer Geschichtsperspektive zur Annahme empfahlen.

In der Schweiz machten sich die Spaltungerscheinungen ebenso bemerkbar wie in Deutschland. Die schweizerische sozialdemokratische Partei schwankte längere Zeit in der Frage des Anschlusses an Moskau. Zuletzt wurde auf dem Parteitag im Dezember 1920 der Anschluß an Moskau abgelehnt. Die Minorität spaltete sich ab und gründete eine eigene kommunistische Partei,